

SOLI-Kreistagsfraktion

Lüchow-Dannenberg

12.1.23

Ergänzungsantrag zu dem TOP Brücke Neu Darchau im KT am 17.1.23:

Die regierungstragenden Parteien SPD und Grüne haben in Konkretisierung der Ausführungen im Koalitionsvertrag zu einer Brücke bei Neu Darchau seitens der Staatskanzlei folgendes ausgeführt:

„Leider würde der Bau einer Brücke bei Neu Darchau finanziell in extremer Weise zulasten anderer Straßenbauprojekte in Nordniedersachsen gehen. Deshalb ist vor dem Hintergrund der sonstigen krisenbedingt hohen Belastungen des niedersächsischen Haushaltes eine Brückenlösung bedauerlicherweise nicht finanzierbar.“ (S. EJZ Kein Geld vom Land vom 3.11.22).

Das heißt, dass bisher im Haushalt vorgesehene Finanzierungsanteile des Landes für den Bau einer Brücke nicht mehr zur Verfügung gestellt werden sollen.

Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, unverzüglich die Landesregierung um eine Konkretisierung zu bitten.

Dazu gehören die Klärungen folgender Fragen:

- 1) Wie hoch waren bisher die in Aussicht gestellten Mittel seitens des Landes?
- 2) Auf welcher rechtlichen und welcher haushalterischen Basis stehen diese Zusagen und wie lauten die Zusagen genau?
- 3) Sieht die neue Landesregierung rechtliche Möglichkeiten, diese bisher zugesagten Mittel tatsächlich zu streichen?
- 4) Wenn ja welche genau und wie?
- 5) Sieht die Landesregierung die Möglichkeit, dass der Landkreis Lüneburg rechtlich gegen eine mögliche Streichung vorgeht?
- 6) Womit begründet die Landesregierung rechtlich ihre Einstellung, trotzdem diese Mittel streichen zu können und so einen möglichen Rechtsstreit zu gewinnen?
- 7) Wie soll gewährleistet werden, dass auch nach Auslaufen der neuen Legislaturperiode 2027 diese Streichung nicht wieder umgekehrt werden könnte?

Kurt Herzog